

Österreich steigt in zivilgesellschaftlichem Rating auf

Politische Erfolge der Grünen und die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Regierung und Zivilgesellschaft haben in Österreich zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume vergrößert. Das Rating im CIVICUS Monitor wird deshalb von "eingengt" auf "offen" gestellt. Nur drei Prozent der Weltbevölkerung leben in Ländern mit derart offenen Bedingungen, die es ihnen erlauben, Vereine zu gründen, an öffentlichen Orten friedlich zu demonstrieren und frei ihre Meinung zu äußern. Der Entscheidung ging eine gründliche Prüfung der Bedingungen für die Ausübung der bürgerlichen Freiheiten im Land voraus, wie sie durch internationales Recht geschützt werden.

2018 war Österreich wegen der Verschlechterung des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums unter der von ÖVP und FPÖ gebildeten Koalitionsregierung auf "eingengt" herabgestuft worden. Während dieser Zeit verweigerte die Regierung den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und verfolgte stattdessen Schmutzkampagnen gegen sie. NGO-Förderungen wurden in vielen Bereichen drastisch reduziert, im Asylwesen und in der Flüchtlingshilfe engagierte Organisationen wurden von Bundeskanzler Sebastian Kurz als "Menschenhändler" bezeichnet. Auch die freie Meinungsäußerung war bedroht als Regierungsmitglieder versuchten unabhängige Medien daran zu hindern, über bestimmte Sachverhalte zu berichten und sie deswegen im Internet Angriffen ausgesetzt waren.

Die Wahlen im September 2019 brachten allerdings einen positiven Wandel, da in der Koalition die weit rechts stehende FPÖ durch die Grünen ersetzt wurde. Diese sind offener für einen Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, welche sich dadurch wieder mehr Gehör verschaffen können. Viele ihrer Forderungen werden mittlerweile im Regierungsprogramm berücksichtigt.

Der wegen der COVID-19 Pandemie beschlossene 700 Millionen Euro Unterstützungsfonds für Nonprofit Organisationen (NPOs) wird als erfreuliche Entwicklung von der Zivilgesellschaft wahrgenommen. Dem Nonprofit-Unterstützungsfonds gingen ausführliche Konsultationsgespräche voraus, was eine wesentliche Änderung der Arbeitsweise der Regierung markierte. Erstmals in der österreichischen Geschichte wurden Nonprofit-Organisationen am 13. Mai 2020 in einem Gesetzestext ([20. Covid-19 Gesetz](#)) als solche erwähnt. Ein Zeichen, dass der Sektor mehr Anerkennung erfährt.

"Die Einbindung der Zivilgesellschaft in verschiedene Konsultationsprozesse, auch während der COVID-19 Pandemie, durch die österreichische Regierung ist vorbildlich. Diesem Beispiel sollten andere Staaten in der Region folgen." sagt Aarti Narsee, Civic Space Researcher für die Region.

Der harte Kurs der Regierung bei Migrationsfragen besteht jedoch weiter. Unlängst betonte der ÖVP-Außenminister, dass Österreich trotz des abgebrannten Moria Flüchtlingscamps auf Lesbos und der dramatischen Situation dort keine Flüchtlinge aufnehmen wolle, um keine falschen Signale an die Flüchtlinge zu senden.

“Während wir die positiven Entwicklungen für zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume begrüßen, ersuchen wir die regierende Österreichische Volkspartei dringend von ihrer Anti-Migrations-Rhetorik Abstand zu nehmen - eine Taktik, die mit der neuen Regierungskoalition kein Ende fand“ sagt Narsee.

Österreich ist im CIVICUS Monitor nun als “offen” eingestuft.
Besuchen Sie die [Österreich-Seite](#) des CIVICUS Monitor für mehr Informationen und weitere Updates.

Für weitere Informationen oder für ein Interview kontaktieren Sie bitte:

Aarti Narsee, Civic Space researcher, CIVICUS
aarti.narsee@civicus.org oder media@civicus.org